Führung / Kommunikation

Gebäudeenergiegesetz gescheitert: CDU/CSU bremst Wärmewende aus

Erheblicher Rückschlag! CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsausschuss nicht auf das verabredete Gebäudeenergiegesetz (GEG), die angedachte Nachfolgeregelung von EnEV (Energiesparverordnung) und EEWärmeG (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz), einigen können. Das Gesetz sollte unter anderem den Energiestandard für öffentliche Gebäude ab 2019 definieren und damit den Bau energieeffizienter Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude anstoßen. Laut Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist das GEG an der Blockadehaltung der Union gescheitert. Aus den Reihen von CDU/CSU wiederum heißt es, die SPD habe auf einem zu anspruchsvollen Effizienzstandard beharrt, dessen Klimaschutzeffekt in keinem angemessenen Verhältnis zu den steigenden Baukosten stehen würde.

CDU/CSU bremst Wärmewende aus. Foto: Gerd Warda

„Die Bundesregierung hat eine Chance vertan, das Ordnungsrecht im Neubaubereich deutlich zu vereinfachen und weiterzuentwickeln. Das ist nicht nur schade, sondern auch unverständlich. Immerhin hat der Deutsche Bundestag einstimmig das Klimaschutzabkommen von Paris ratifiziert. Die Unternehmen im Gebäudebereich brauchen außerdem dringend Planungssicherheit hinsichtlich der Frage, welche Anforderungen künftig gelten sollen“, mahnt BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel.

Auch die CDU/CSU-Begründung der Baukostensteigerung und eingeschränkten Technologieoffenheit ist haltlos. Die Behauptungen, Energieeffizienzvorgaben würden dazu führen, dass keine oder nur noch teure Wohnungen gebaut werden können, lässt Sabel nicht gelten: „Es ist überzeugend nachgewiesen worden, dass die Baukostensteigerung der Vergangenheit nur zu geringen Teilen auf die EnEV, vor allem aber auf gestiegene Grundstückspreise sowie Baunebenkosten zurückgehen,“ erläutert Sabel.

Ferner sei nachgewiesen worden, dass höhere Standards durchaus wirtschaftlich seien. Außerdem werde in Deutschland trotz der letzten EnEV-Stufen so viel gebaut wie seit langem nicht. Die Kritik, höhere Standards seien nicht mehr technologieoffen, weist Sabel ebenfalls zurück: „Dass die Effizienzvorgaben nicht

von jeder Technologie bzw. jedem Brennstoff gleichermaßen erfüllt werden können, ist klar. Wir brauchen jedoch ambitionierte Vorgaben, wenn wir die Klimaschutzziele ernst nehmen. Sofern sich diese mit konventioneller fossiler Technik erfüllen lassen, ist deren Nutzung auch weiterhin erlaubt. In vielen Fällen werden moderne Technologien wie die Wärmepumpe hier jedoch zielführender sein." Die Studie „Wärmewende 2030" (Agora Energiewende) belegt, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele ab 2025 keine rein fossil befeuerten Gas- und Ölkessel mehr neu in Betrieb gehen dürften. Sofern das CO2-Reduktionsziel von 95 Prozent weiterhin angestrebt wird, müssten bei den Wärmeerzeugern Wärmepumpen den größten Anteil einnehmen. Aus solchen Erkenntnissen der Wissenschaft müsse auch die Politik ihre Konsequenzen ziehen.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schließt sich der Kritik an. Holger Lösch, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung: „Die Bundesregierung hat die Chance vertan, in dieser Legislaturperiode einen wirksamen Impuls für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden zu setzen. Verbraucher und Investoren verlieren wertvolle Zeit. Damit muss die Energiewende weiter auf die Wärmewende warten."

dena-Chef Andreas Kuhlmann bedauert das Scheitern des Gebäudeenergiegesetzes: „Nach der steuerlichen Förderung für die energetische Gebäudesanierung ist nun ein zweites wichtiges Vorhaben für die Energiewende im Gebäudesektor im politischen Prozess gescheitert. Das zeigt, dass die Politik die Schlüsselfunktion des Gebäudesektors für die Energiewende offenbar immer noch nicht ausreichend versteht. Außerdem ist es ein schlechtes Signal, wenn sich nicht einmal die öffentliche Hand selbst dazu verpflichtet, ihre eigenen Gebäude heute so zu bauen, dass sie den Klimazielen genügen."

Red.

PREMIUM-SPONSOREN: ista Dr. Adams Consulting JUNKERS BOSCH KERMI innogy Roto Das Dachfenster. GRUNDFOS